

Das Finanzkapital verteidigt seinen Platz in der weltwirtschaftlichen Ordnung

In den letzten Jahrzehnten war die weltwirtschaftliche Ordnung stark von der Hegemonie des Finanzkapitals geprägt. Der Beitrag geht der Frage nach, ob das Finanzkapital durch die Krise diese Stellung verloren hat. Akkumulations- und bewegungstheoretisch begründet er, warum Krisen das Kapital sogar stärken können und somit zur Reproduktion des Kapitalismus beitragen. Empirisch zeigt er auf, wie sich im Gefolge der vorhergehenden Finanzkrisen auf nationaler und internationaler Ebene der Handlungsspielraum des Finanzkapitals erhöht hat. Die phasenweise Analyse des Managements der derzeitigen Krise ergibt, dass das Finanzkapital weiterhin dominant ist, aber seine Interessen von vielen nicht mehr deckungsgleich mit dem Allgemeininteresse gesehen werden.

1. Einleitung

Wirtschaftliche Krisen eröffnen grundsätzlich Chancen auf Veränderung. Erste Gewichtverschiebungen in der *Governance* der Weltwirtschaftsordnung zugunsten Brasiliens, Indiens und Chinas zeichnen sich ab. Doch gibt es gute Gründe anzunehmen, dass die derzeitige Weltwirtschaftskrise weder dazuführt, dass die Dominanz des Finanzkapitals beendet wird, noch, dass sich die derzeitige dem Primat kapitalistischer Eigentumsverhältnisse folgende Form der Globalisierung überlebt hat. Mein Beitrag soll nicht als Plädoyer für eine Verschärfung der Krise verstanden werden. Im Gegenteil bin ich der Auffassung, dass nicht allein Krisen Veränderungschancen bieten. Dies lässt sich poststrukturalistisch mit dem Kontingenzbegriff von Ernesto Laclau (1990) begründen, aber auch mit Verweis auf den Erfolg der Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) während des *Golden Age of Capitalism* plausibilisieren (McAdam 1999). Gerade letztes Ereignis verweist darauf, dass eine Richtungsänderung intellektuell am Alltagsverstand anknüpfend guter Vorbereitung bedarf und dass die entwickelten Alternativen von einer breiten Bewegung geteilt werden. In der jetzigen Krise ist weder die Alternative zu unserem Finanzsystem noch eine breite Bewegung sichtbar.

Zu den guten Gründen, die gegen einen signifikanten Kurswechsel sprechen, zähle ich zum einen die Einsicht von Karl Marx, dass Krisen nicht nur Teil der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind, sondern auch Momente seiner Erneuerung. Neben diesem akkumulationstheoretischen Argument führe ich zum anderen noch einen kräfte-theoretischen Grund an. Wirtschaftskrisen delegitimieren zwar die Kräfte des Status quo, aber sie schwächen auch die Gegenkräfte. Diese theoretischen Ausführungen will ich empirisch mit einer Skizze der krisengetriebenen Liberalisierung der Finanz-

märkte in der Nachkriegszeit und mit einer knappen Darstellung des derzeitigen Krisenmanagements veranschaulichen, wobei ich mich hier vor allem auf die USA als Zentrum der Finanz- und Weltwirtschaft konzentriere. Der Anschaulichkeit halber beginne ich mit der Nachkriegsgeschichte der Finanzmärkte.

2. Krisengetriebene Liberalisierung der Finanzmärkte in der Nachkriegszeit

Als erste große Liberalisierung der Finanzmärkte in der Nachkriegszeit dürfte die Öffnung der *City of London* für internationale Finanzgeschäfte 1952 im Gefolge der Dollarknappheit gelten (Burnham 2002). Die nächste Krise, die zunehmende Passivierung der US-Zahlungsbilanz, wurde unter den Präsidenten Kennedy und Johnson zunächst mit der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen beantwortet. Doch je mehr diese sich ausweiteten, wuchs der Unmut der Geschäftswelt, der argumentativ unterstützt von Milton Friedman die Regierung Nixon zur Kehrtwende veranlasste. Die Kombination von freiem Kapitalverkehr und der von Nixon nach 1970 betriebene inflationäre Vollbeschäftigungspolitik vertrug sich jedoch nicht mit dem System der festen Wechselkurse. Es kam zu riesigen transatlantischen Devisenspekulationen, in deren Folge Nixon das *Bretton Woods* Systems aufkündigte und die Ära flexibler Wechselkurse einläutete. Eine Verteidigung von *Bretton Woods* hätte nur mit einer Einschränkung des Kapitalverkehrs funktionieren können, dieser wurde aber für sakrosanct erklärt (Scherrer 1999: 163-206). Für viele gilt der Zusammenbruch von *Bretton Woods* als Beginn der zweiten Globalisierung und der Übermacht des Finanzkapitals (vgl. O'Brien/Williams 2007). Die Währungsschwankungen machten Währungssicherungsgeschäfte notwendig, die notgedrungen von spekulativem Charakter sind.

War zu Zeiten von *Bretton Woods* das Bankensystem in den meisten reichen kapitalistischen Ländern stabil, so begannen sich mit seinem Ende die nationalen und internationalen Krisen zu häufen. Die Tabelle führt die Krisen auf, die das US-Finanzwesen betrafen.

Tabelle 1: Sozialisierung von Kreditrisiken in den USA, 1982 – 2007

Jahr	Anlass	Staatliche Maßnahmen
1982-92	Lateinamerikanische Schuldenkrise	Stützung der Banken durch Zentralbank (<i>Fed</i>) und Schatzamt
1984	<i>Continental Illinois Bank</i>	4 Mrd. Dollar durch <i>Fed</i> , Schatzamt und Einlagenversicherung FDIC
Späte 1980er Jahre	Bankrott von 350 Banken	<i>Fed</i> vergibt günstige Kredite, und erlaubt Großenlegern auszusteigen
1987	Kurseinbruch an der Börse	<i>Fed</i> gibt massive Liquiditätsspritze
1989-92	Sparkassenkrise	250 Mrd. Dollar durch Schatzamt

Jahr	Anlass	Staatliche Maßnahmen
1991	<i>Bank of New England</i>	4 Mrd. Dollar durch FDIC und Schatzamt
1992	<i>Citibank</i>	Schatzamt vermittelt saudiarabische Hilfe
1994-95	Peso-Krise	Schatzamt unterstützt Peso, damit für US-Investoren Währungsverlust geringer
1997	Asienkrise	Schatzamt gibt dem IWF Richtung des Krisenmanagements vor
1998	<i>Long-Term Capital Management Hedge Fund</i>	<i>Fed</i> vermittelt privates Rettungspaket
1999	Jahr-2000-Angst	<i>Fed</i> gibt massive Liquiditätsspritze
2001	<i>Dotcom</i> -Krise	<i>Fed</i> senkt für mehrere Jahre drastisch die Zinsen

Quelle: (Phillips 2008: 57)

Bei jeder Krise schritt die Zentralbank oder das Schatzamt ein, um den Schaden für die Investoren gering zu halten. Angesichts der Häufigkeit der Krisen wäre eine Einschränkung der Handlungsspielräume des Finanzkapitals zu erwarten gewesen, doch diese Krisen haben das Finanzkapital eher gestärkt. Die lateinamerikanische Schuldenkrise konnte zur Stärkung neoliberaler marktwirtschaftlicher Elemente in den betroffenen Ländern genutzt werden (Boris 2000). Zwar wurde 1988 mit Basel I des *Basel Committee on Banking Supervision* den international tätigen Banken eine höhere Eigenkapitalquote und eine stärkere Streuung ihrer Ausleihungen vorgeschrieben (Lütz 2002), doch in der Peso-Krise von 1994/95 wurde bereits deutlich, dass die Begrenzungen von Basel I durch die Verbriefung von Krediten umgangen werden konnten. Dieses neue Finanzinstrument zeigte seine systemische Sprengkraft in der Asienkrise von 1997/98 (Haustein 1998). Die regulative Antwort blieb innerhalb des neoliberalen Paradigmas. Eine Insolvenzordnung im Falle der Überschuldung von Ländern scheiterte am Widerstand des Finanzkapitals, aber auch an der Furcht von Schuldnerländern, dass sie Einschränkungen der Gläubigerrechte mit höheren Zinsen oder gar Markttrittsperrern zahlen müssten. Stattdessen wurde auf mehr Transparenz und auf eine besser mit dem Aufbau nationaler Aufsichtsbehörden abgestimmte Liberalisierung des Kapitalverkehrs (*sequencing*) gesetzt (Kellermann 2006). Die Neufassung des Basel-Abkommens, Basel II, schreibt sogar vor, dass Banken ihre Mindesteigenkapitalquote an den Bewertungen der Rating-Agenturen ausrichten (Bundesbank 2008), obwohl die Rating-Agenturen nur wenige Jahre zuvor die *Dotcom*-Krise nicht kommen sahen und auch bei der Prüfung des Geschäftsgebarens des US-Energiekonzerns *Enron* versagten (Stiglitz and Griffith-Jones 2007).

Die für die US-amerikanischen SteuerzahlerInnen besonders teure Rettung der Sparkassen führte gleichfalls nicht zu einer Einschränkung des Handlungsspielraums für Banken (Blomert 2005). Die Rettungsaktion für den *Long-Term Capital Management Hedgefonds* im Jahre 1998 kann im Nachhinein eher als Startschuss für das explosive Wachstum der *Hedgefonds* angesehen werden. Im selben Jahr verabschiedete sich der US-Kongress von der längst ausgehöhlten zentralen New-Deal-Bankenreform, dem Trennbankensystem, das das Kredit- und Einlagengeschäft vom Wertpapiergeschäft trennte. Im Jahre 2000 verzichtete der US-Kongress bewusst auf eine Regulierung von *Credit Default Swaps* (eine Art Kreditausfallversicherung, Jones 2008).

Allein die Bilanzfälscherkrise (*Enron, Worldcom*) hatte ein regulatives Nachspiel. Das Sarbanes-Oxley-Gesetz von 2002 verschärfte die Berichterstattungspflichten von Publikumsgesellschaften und verbot den Wirtschaftsprüfergesellschaften, neben der Vergabe des Testats zugleich auch beratend tätig zu werden. Doch ein Systemwechsel blieb aus. Die von *Enron* erfundenen *Special Purpose Entities* (Zweckgesellschaften), die in der Hypothekenkrise zu großer Prominenz kommen sollten, mussten auch weiterhin nicht in der Bilanz erfasst werden (Sablowski 2002: 218).

Im April 2004 hob die *Securities and Exchange Commission* (SEC) die Mindestkapitalvorschrift für Maklerfirmen im Besitz der großen Investmentbanken auf. Dieser Beschluss erlaubte den Banken Milliarden an Dollars, die bisher zur Sicherung gegen Verluste in Reserve gehalten wurden, in verbrieft Hypothekendarlehen und andere innovative Finanzprodukte zu investieren. Für die Abschaffung der Mindestreserve hatte sich besonders Präsident Bushs Finanzminister eingesetzt, damals noch als Vorstandspräsident der Investmentbank *Goldman Sachs* (Labaton 2008).

Das ganze Ausmaß an Deregulierung oder Verzicht auf Regulierung kann hier nicht dargestellt werden (Kroszner und Strahan 2007; Bieling 2009; Taub 2009). Im Resultat weitete sich der Handlungsspielraum des Finanzwesens trotz wiederholter Krisen enorm aus. Wie kann dies erklärt werden?

Neben intensiver Lobbytätigkeit des Finanzwesens halten viele sein Erpressungspotenzial vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Weltwirtschaftskrise für ausschlaggebend. Aufgrund der enormen Bedeutung der Kreditwirtschaft für das reibungslose Funktionieren der Realwirtschaft konnte es immer darauf hinweisen, dass, wenn rasche Maßnahmen zur Herstellung des Vertrauens in der Kreditwirtschaft ausblieben, die Volkswirtschaft als Ganze mit nach unten gerissen werden würde (Shiller 2000). Das tatsächlich erfolgte zügige Eingreifen der *Fed* und des Schatzamts erweckte dann den Anschein, als ob Krisen rasch bewältigt werden könnten und die jeweiligen Krisenbewältigungskosten bald schon durch das Wirtschaftswachstum im Allgemeinen und durch Kursanstiege überkompensiert würden. Die Definition der Krisenlösung blieb weitgehend in der Hand des Finanzkapitals. Statt die vorbeugende Regulierung zu stärken, setzte es auf mehr so genannte Transparenz, die allerdings meist nur auf *alte* Finanzinstrumente und nicht auf Finanzinnovationen angewandt wurde. Diese Erklärungen greifen jedoch zu kurz, da im Falle von Erpressung Widerstand zu erwarten ist und die zyklische Wiederkehr der Krisen immer wieder die

rasche Erholung von der vorangegangenen Krise in Frage stellt. Eine umfassendere Erklärung könnte die gramscianische Hegemonietheorie bieten.

3. Hegemonie des Finanzkapitals

Antonio Gramsci (1991 ff) hat unter Hegemonie die Fähigkeit verstanden, partikulare Interessen zu universalisieren. Eine breite Zustimmung zu den Projekten einer Minderheit beruht auf einer Mischung von Zwang und auf Konsens setzenden Mitteln. Die fortschreitende Liberalisierung der Finanzmärkte könnte als Ausdruck der Hegemonie des Finanzkapitals verstanden werden. Sein Zwangsmittel in Form des Erpressungspotenzials wurde oben bereits identifiziert, wie kommt es aber zum Konsens? Im Folgenden werde ich kurz skizzieren, inwiefern das Finanzkapital gegenüber anderen Kapitalfraktionen, der Bevölkerung und den PolitikerInnen nicht nur dominant, sondern auch führend war.

Die Vorherrschaft des Finanzkapitals in den letzten beiden Jahrzehnten gegenüber anderen Kapitalfraktionen zeigt sich an seinem steigenden Anteil am Bruttosozialprodukt und an seinen überdurchschnittlichen Renditen (Krippner 2005; Nölke 2009). Ist das Finanzkapital gegenüber dem Industriekapital auch hegemonial? Nach anfänglichen Widerständen in den frühen 1980er Jahren hat das *produktive* Management gelernt, sich mit dem Finanzmarktkapital zu arrangieren. Zum einen schätzt es die erweiterten Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere den direkteren Zugang zu Kapital auf heimischen und ausländischen Börsen unter Umgehung der klassischen Banken, aber auch die Möglichkeiten, sich gegen zukünftige Risiken auf Rohstoff-, Devisen- oder Zinsmärkten durch Derivate abzusichern. Zum anderen beteiligt es sich selbst am Finanzwesen, indem es verstärkt in Finanztitel investiert. Das verarbeitende Gewerbe führte diesen Trend zur »Financialization« sogar an (Krippner 2005). Die Entlohnung des Managements koppelte sich durch Aktienoptionspläne zunehmend an die Entwicklung der Aktienmärkte an. 1992 verfügten die CEOs der US-Aktiengesellschaften über 2 % des gesamten Aktienkapitals, zehn Jahre später über 12 % (Sablowski 2002): 224).

Für eine fundierte Einschätzung der Qualität der Zustimmung der US-Bevölkerung zum Finanzkapital fehlt es an einschlägigen Analysen. Alltagshandeln (Langley 1988), die Hypotheken finanzierten Eigenheime (Young 2009) und die Art der politischen Artikulation lässt jedoch auf eine aktive Zustimmung insbesondere bei tendenziell steigenden Kursen und niedrigen Zinsen schließen. Insbesondere bei den geringer qualifizierten Lohnabhängigen geht sie mit einem leichten Unbehagen über konkrete Praxen im Wirtschaftsleben und den hohen Gehältern einher.

In ihrer Verantwortung für die Wirtschaft sahen sich viele PolitikerInnen unabhängig von der Parteizugehörigkeit durch das Finanzkapital unterstützt, wobei natürlich dessen Interessen in die allgemeinen Zielbestimmungen mit einfließen. An erster Stelle ist die Preisstabilität zu nennen, die sie aus Eigeninteresse als Bezieher von nicht Inflationsindexierten Einkünften, aber auch aufgrund des allgemeinen Konsensus unter der politisch aktiven Bevölkerung gleichfalls befürworteten (Davis

1986). Außenwirtschaftspolitisch unterstützte das Finanzkapital die Öffnung der Märkte zu Hause und in anderen Ländern, was auch von der Mehrheit der politischen Klasse favorisiert wurde (Scherrer 1999). Die Schuldenkrise Lateinamerikas in den 1980er Jahren konnte ebenso wie die Asienkrise der späten 1990er Jahre für eine allgemeine Ausweitung des US-amerikanischen Einflusses genutzt werden (»Dollar-Wall Street Regime«, Gowan 1999). Die disziplinierende Wirkung der Finanzmärkte wurde häufig sogar bejaht (Alt Vater 2004: 55). Zudem erlaubte die Öffnung politisch unbeliebte Steuererhöhungen zu vermeiden, da ausländische Vermögensbesitzer bereit waren, Staatsanleihen in immer höheren Volumina aufzukaufen (Panitch/Giddin 2008: 39).

4. *Hegemoniales Krisenmanagement?*

Kann die oben skizzierte Hegemonie des Finanzkapitals die Krise überstehen? Dieser Frage will ich zum einen durch eine Einteilung des bisherigen Verlaufs des US-amerikanischen Krisenmanagements in unterschiedliche Phasen und zum anderen anhand von folgenden Fragen nachgehen:

- Krisenursachen – Wer definiert die Ursachen der Krise?
- Krisenlösung – Wer gibt die Lösungen vor, bzw. die Richtungen für die Suche nach Lösungen?
- Krisenlasten – Wer trägt die Masse der Lasten?

Phase I: Stagnation der Immobilienpreise

Von Mai 2006 bis Anfang 2008 wurde das Fehlverhalten des Finanzkapitals noch kaum thematisiert, der Fokus lag mehr auf den Schuldnern und einzelnen Finanzinstitutionen, die Krisenbewältigungsstrategien waren hauptsächlich geldpolitischer Art und die ersten Opfer der Krise, überschuldete Hausbesitzer, erhielten keine Hilfe. Die Hegemonie des Finanzkapitals war noch ungebrochen.

Phase II: Rettung einzelner Finanzinstitute

Ab März 2008 wurde die Krise offensichtlich, am Ende war ihre systemische Dimension nicht mehr zu verleugnen. Zunächst galten die Bankenzusammenbrüche noch als Einzelfälle, die zudem unter staatlicher Vermittlung von der Privatwirtschaft aufgefangen werden konnten. Selbst nachdem Zentralbank- und Steuergelder massiv eingesetzt worden waren, blieb der Anschein gewahrt, dass der Staat das Bankenkaptal in die Verantwortung nimmt. Allerdings förderte er damit die Bankenkonzentration. Das Finanzkapital verlor zwar im Zuge der Ausbreitung der Krise seinen bisherigen Nimbus des Erfolgs, doch seine Stellung im Krisenbewältigungsprozess

blieb unangefochten. Hilfe für Hausbesitzer oder arbeitslose *einfache* Bankangestellte blieb aus. Das Finanzkapital bewahrte seine Hegemonie.

Phase III: Umfassender Aufkauf fauler Kredite

Auf die aufkommende Panik an den Finanzmärkten in Folge der Pleite von *Lehman Bros.* reagierten Finanzminister Paulson und Zentralbankchef Bernanke am 19. September 2008 mit einem umfassenden Rettungspakt in Höhe von 700 Mrd. Dollar. Der ursprüngliche Paulson-Plan setzte zwar systemisch an, stellte aber nicht die Systemfrage. Im Gegenteil, es war ein Rettungsplan ohne Auflagen. Widerstand im Kongress ließ das verabschiedete Gesetz jedoch nicht so eindeutig zugunsten der Finanzindustrie und der Machtfülle des Finanzministeriums ausfallen. Mit der Verwaltung des Geldes betraute Paulson zudem ihm vertraute Personen von *Goldman Sachs*, sodass das Rettungspaket operativ in den Händen nicht nur von Finanzmarktakteuren im Allgemeinen lag, sondern von einem Bankhaus, das vom politischen Management der Krise bisher am meisten profitierte.

Mit diesem Paket gelang es, die um sich greifende Panik zu stoppen und das Finanzsystem zu stabilisieren. Das Durchschlagen der Krise auf den produktiven Sektor der Wirtschaft konnte hingegen nicht verhindert werden. Die Finanzinstitutionen haben die staatlichen Gelder stärker zur eigenen Sanierung (und Zentralisierung) als für die Kreditvergabe an die Realwirtschaft genutzt. Die Rettung der Finanzhäuser blieb auch in dieser Phase prioritär (Für Details zur Phase I – III, siehe Scherrer 2008).

Phase IV: Obama und der Skandal um Managergehälter

US-Präsident Barak Obama verdankt seinem Wahlsieg auch der Wall Street. Zu den sieben größten Spendern für Obama gehörten die Manager von *Goldman Sachs*, *JPMorgan* und *Citibank*.¹ Bei der Besetzung seiner wirtschaftspolitischen Kabinetts- und Beraterposten griff er auf erfahrene Personen der Finanzwelt zurück, zum Finanzminister machte er Timothy Geithner, zum Chefberater den Finanzminister unter Präsident Clinton, Lawrence Summers. Geithner war als Vorsitzender der New Yorker Zweigstelle der US-Zentralbank bei den Entscheidungen der Bush Regierung, *Lehman* nicht und *AIG* zu retten, dabei. Diese Besetzungen versprachen zunächst weitgehende Kontinuität im Krisenmanagement, doch das Bekanntwerden hoher Bonuszahlungen an führende Manager der mit Steuergeldern geretteten Finanzinstitutionen führte zu einem Sturm der Entrüstung in der US-amerikanischen Öffentlichkeit (Story 2009).

Der Kongress reagierte mit Auflagen hinsichtlich der Höhe der Boni für Manager von staatlich gestützten Instituten. Einige Banken konnten sich mittlerweile wieder frei kaufen, die Vergütungspraxis wurde nur minimal geändert. Selbst die Höhe der

1 <http://www.opensecrets.org/>; 12.10.2009.

Boni erreichte in Einzelfällen die Exzesse der Vorkrisenzeit (Segal 2009a). In gewisser Weise konnten sich die Bankvorstände gerade dank der Boni-Affäre weiter bereichern, da diese davon ablenkte, dass der Einstieg des Staates bei AIG die Banken ihre Wetten (CDS) zu Hundertprozent bei AIG einlösen konnten, keine Abstriche machen mussten (Spitzer 2009). Hätte die Regierung auf eine Teilhabe der Vertragspartner von AIG an den Verlusten beharrt, könnten sich die Banken solche Gehälter nicht mehr leisten. Auch die Deutsche Bank profitierte von der Großzügigkeit des US-Steuerzahlers (Walsh 2009).

Im Vorlauf zum Jahrestag des Konkurses des Bankhauses *Lehman Bros.* fragten die Herausgeber der New York Times diverse Experten, warum seitdem so wenige Finanzmarktreformen erfolgten.² Einhellig verwiesen diese auf die politische Macht der Finanzindustrie. Finanzmarktbloggerin Yves Smith fügte noch hinzu, dass aufgrund der komplexen Verworfenheit der Finanzmärkte, die Fachleute befürchten, durch falsche Regeln, die Krise zu verschärfen. Auch Jeffrey Frieden betonte die große Bedeutung von Expertise für erfolgreiche Reformen. Diese müssen sich die Gegner selbst regulierter Finanzmärkte erst aneignen. Den Plan, Banken zum Angebot einfacher, transparente Finanzprodukte zu zwingen, hat die Obama Regierung inzwischen aufgegeben (Labaton 2009).

Phase V: Krise überwunden?

Wenngleich die negativen Folgen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft noch nicht voll absehbar sind, werden immer mehr Stimmen laut, dass die Finanzkrise als solche überstanden sei. Entsprechend erlahmt auch der Reformwille der Staatengemeinschaft. Im Vorfeld der Herbsttagung des Internationalen Währungsfonds (IMF) in Istanbul 2009 wurden nur noch kleine Reformen gehandelt, weder eine Sondersteuer für Finanzmarktakteure noch Ausbau des Fonds zur Ersetzung der Notfonds bei einigen Mitgliedsländern stand noch zur Debatte, einzig die Verteilung der Stimmrechte zugunsten Chinas und anderer neuer Gläubigerländer (Gottschlich 2009). Die wieder aktivierte Kreditvergabe des IMF, soll trotz anders lautender Verkündigungen, mit nur geringfügig geänderten neoliberalen Konditionalitäten erfolgen (Solidar 2009). Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, will gleichfalls die alten angebotsorientierten Rezepte gleich nach Ende der Krise angewandt wissen (Cordonnier 2009).

Karl Marx wäre über den bisherigen Krisenverlauf wenig überrascht. Für ihn galt, dass das durch die Krise vernichtete Kapital die Voraussetzung für neue Kapitalakkumulation schafft, da der Profit auf das übrig gebliebene Kapital steigt (Marx 2000: 496f). Zudem forciert die Krise kapitalsparende Innovationen und trägt zur Zentralisation des Kapitals durch Übernahme oder Wegfall von Konkurrenten bei. Ein höherer Grad an Zentralisation verspricht höhere Profite durch Skalenerträge und/oder

2 [Http://roomfordebate.blogs.nytimes.com/2009/09/11/why-wall-street-reforms-have-stalled/](http://roomfordebate.blogs.nytimes.com/2009/09/11/why-wall-street-reforms-have-stalled/); 12.10.2009.

vermehrter Marktmacht (Marx 1968: 656). Diese von Marx theoretisch begründete kapitalistische Krisenüberwindungsstrategie, die beschleunigte Tendenz zur Zentralisation des Kapitals, wird in der derzeitigen Krise augenscheinlich bestätigt. Die Abkehr von der New Deal Gesetzgebung hat in den USA zu einer raschen Konzentration des Bankkapitals geführt, die durch die Krise noch deutlich zunahm. Hielten 1995 die fünf größten US-Banken einen Anteil an Einlagen von 11 Prozent, so stieg dieser auf 29 % im Jahre 2004 und auf 38,6 Prozent im Jahre 2009 (Celent 2009). In Deutschland sind 2009 von den fünf größten Privatbanken aus dem Jahre 2006 nur noch zwei selbstständig, die Dresdner Bank, die Hypo-Vereinsbank und die Postbank wurden von größeren Konkurrenten übernommen. Allerdings entstanden auf den globalen Finanzmärkten nicht zuletzt aufgrund der Krise neue Konkurrenten für die angelsächsischen Banken, insbesondere in China.³ Die Konkurrenz findet somit auf erweiterter Stufenleiter statt.

5. Gegenmacht noch wenig sichtbar

Die Finanzkrise hat unbezweifelbar dem Ruf der Finanzinstitute sehr geschadet. Kurzzeitig wurden in den USA sogar etliche Banker auf dem Nachhauseweg von aufgebrachten BürgerInnen belästigt (Segal 2009b). Doch inwiefern mündet die spontane Empörung über die hohen Gehälter derjenigen, die die Krise mitverschuldet haben, in kollektives Handeln? Und zu welchen Aktionen? Aus der Geschichte wissen wir, dass Mittel- und Arbeiterschichten nicht unbedingt ihren Zorn über wirtschaftliche Verluste oder Notlagen an den Reichen ausleben, sondern auch gleichgestellten oder ärmeren Schichten diesen spüren lassen können. Die Selbstbehauptung kann sowohl über eine Belastung der Reichen als auch über eine Ausgrenzung vermeintlicher Konkurrenten am Arbeitsmarkt oder durch Belastung der Armen erfolgen.

Zur Analyse der derzeitigen Lage kann es hilfreich sein, sich der Quellen der Macht von Lohnabhängigen zu vergewissern. Etwas vereinfacht können drei Quellen identifiziert werden: Marktmacht, institutionelle Macht und Diskursmacht (Hyman 1989).

Lohnabhängige verfügen dann über Marktmacht, wenn ihre Arbeitskraft aufgrund entweder eines allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs oder ihrer besonderen Qualifikationen stark nachgefragt wird. Marktmacht verschafft ihnen eine gewisse Durchsetzungskraft gegenüber den Nachfragern ihrer Arbeitskraft, den Unternehmen. Die Krise schwächt die Marktmacht der Lohnabhängigen, indem sie die Nachfrage nach Arbeit schwinden lässt, oder wie es Marx plastisch ausgedrückt hat:

»Während der Phase sinkender Marktpreise, ebenso wie während der Phasen der Krise und der Stagnation, droht dem Arbeiter, falls er nicht überhaupt aufs Pflaster geworfen wird, einer Herabsetzung des Arbeitslohns« (Marx 1989: 145f).

Gerade die Exportwirtschaft, in vielen Ländern die Hochburg der organisierten Arbeiterschaft, leidet in der jetzigen Krise besonders stark. Der Kern der gut organisierten und verdienenden Belegschaften in der besonders stark betroffenen Automo-

3 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,623177,00.html>; 12.10.2009.

bilindustrie ist somit mit Abwehrkämpfen beschäftigt. Diese werden auch teils auf Kosten anderer Gruppen von Lohnabhängigen ausgetragen, den sog. LeiharbeiterInnen, die überproportional und ohne weitere Abfindungen vom Stellenabbau betroffen wurden (Brehmer/Seifert 2009) und der Allgemeinheit der SteuerzahlerInnen. Zwar wurden Letztere von den Bankenrettungsaktionen wesentlich stärker belastet, doch auch die allgemeinen Konjunkturpakete und Kreditgarantien belasten die Staatshaushalte. Falls es nicht gelingen sollte, die besser Verdienenden stärker an den Krisenlasten zu beteiligen, werden die öffentlichen Schuldenberge zu staatlichen Leistungskürzungen führen, die die Lohnabhängigen im allgemeinen und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Besonderen betreffen werden. Die konservativen Regierungen der bevölkerungsreichsten EU-Mitgliedsländer auf dem Kontinent, die derzeitige Schwäche der *Labour* Regierung unter Gordon Brown und die weiterhin starke Antisteuerfront in den USA lassen höhere Steuern für Reiche wenig wahrscheinlich erscheinen.

Allerdings hat die Krise zu stärkeren Bemühungen der Finanzministerien im Kampf gegen internationale Steuerhinterziehung geführt, die zu OECD-Vereinbarungen zur Ächtung von Steuerparadiesen geführt hat (OECD 2009) und das schweizer Bankgeheimnis angekratzt haben (Hilzenrath 2009). Die allgemeine Skandalisierung der hohen Einkünfte im Bankensektor erleichtert diese Bemühungen. Eine zynische Betrachtung, die noch der wissenschaftlichen Beweise harrt, könnte dieses Vorgehen gegen die »schwarzen Schafe« auch als Ablenkungsstrategie zur Sicherung des Geschäftemachens interpretieren (oder diskurstheoretisch als Strategem der superdifferenziellen Grenzziehung, die das Element »Gier« aus der Äquivalenzkette »Finanzkapital« herauszulösen versucht, vgl. Wullweber 2009).

In den Ländern wie den USA, wo die Rentenversicherung bereits weitgehend auf Kapitalbasis umgestellt wurde, schwächt die Krise noch zusätzlich die Marktmacht der Lohnabhängigen, indem sie nämlich dazu führt, dass zahlreiche in Rente gegangene Personen gezwungen sind, wieder zu arbeiten und damit das Arbeitsangebot insgesamt noch erhöhen.⁴

Würden Lohnabhängige lediglich über Marktmacht verfügen, wären sie in ihrer Mehrheit völlig den Konjunkturzyklen ausgeliefert. Mittels institutioneller Macht können sie sich das nicht selbstverständliche Recht auf gewerkschaftliche Vertretung, auf Kollektivverhandlungen auch in der Krise und auf Mitsprache bei Kündigungen sichern. Ihre nicht nur staatlich abgesicherten Rechte sind in der Regel zählebiger als der Konjunkturzyklus. Ihre institutionelle Macht beruht auf ihren vergangenen gewerkschaftlichen und politischen Erfolgen. Diese liegen in den USA lange zurück, entsprechend gering ist die institutionelle Macht der US-Gewerkschaften (Lüthje/Scherrer 1993). Durch die erfolgreiche Mobilisierung ihrer Mitglieder haben sie zwar zur Wahl von Obama und zur Mehrheit der Demokraten im Kongress beigetragen, doch bei ihrem wichtigsten legislativen Anliegen, der rechtlichen Besserstellung bei

4 [Http://www.businessweek.com/magazine/content/08_50/b4112046151127.htm?chan=top+news_top+news+index+-+temp_dialogue+with+readers](http://www.businessweek.com/magazine/content/08_50/b4112046151127.htm?chan=top+news_top+news+index+-+temp_dialogue+with+readers); 12.10.2009.

der Gewinnung von Mitgliedern, versagt diese Mehrheit ihnen die Gefolgschaft (Greenhouse 2009).

Der Zugang zu wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern ist zudem in vielen Ländern auch deshalb eingeschränkt, weil die führenden RepräsentantInnen der den Lohnabhängigen traditionell nahe stehenden Parteien den neoliberalen Kurs in der Vorkrisenzeit mitgetragen haben. Die Finanzcenter der USA sind seit 1992 Hochburgen der Demokraten geworden. *Hedge Funds* gaben bereits 2006 dreimal mehr den Demokraten als den Republikanern. Die wichtigen demokratischen Senatoren Charles Schumer und Christopher Dodd haben diese entsprechend auch verteidigt (Phillips 2008: 170-174). Die deutschen sozialdemokratischen Finanzminister der jüngsten Zeit, Hans Eichel und Peer Steinbrück, haben die Liberalisierung der Finanzmärkte vor der Krise mitgetragen (Kellermann 2005; Koalitionsvertrag 2005).

Die Abschottung des Staates gegenüber den Lohnabhängigen entspricht durchaus der Logik einer Wirtschaftskrise, denn dem Kapital allgemein kann ein Interesse an einer politisch-institutionellen Schwächung der Lohnabhängigen unterstellt werden, wenn es die Krisenlasten auf diese abwälzen will. Zugleich sind konkrete Kapitalien an einer institutionellen Einbindung der RepräsentantInnen von Lohnabhängigen interessiert, wenn sie diese für das Überleben bedürfen. Letzteres zeigt sich in der jetzigen Krise insbesondere in der Automobilindustrie. Sowohl in den USA als auch in Deutschland besteht eine Bereitschaft, die Gewerkschaften an mit staatlicher Hilfe restrukturierten Unternehmen zu beteiligen. Die gewerkschaftlich organisierten Belegschaften müssen dafür aber erhebliche Einschnitte in ihre sozialen Besitzstände hinnehmen und erhalten im Gegenzug keinesfalls risikofreie Aktien (U.A.W. Summary of G.M. Concessions 2009).

Somit verbleibt den Organisationen der Lohnabhängigen vornehmlich die Diskursmacht. Unter Diskursmacht wird die Fähigkeit verstanden, andere von der Richtigkeit der eigenen Anliegen zu überzeugen. Die Krise delegitimiert das Finanzkapital und dessen wirtschaftspolitisches Credo, der Neoliberalismus, und öffnet daher Raum für Alternativen. Die Skandalisierung der Zustände reicht allerdings nicht für einen Kurswechsel aus. Ein neues Ziel wird gebraucht. Auf den Webseiten beider US-Gewerkschaftsdachverbände, *AFL-CIO* und *Change-to-Win*, fand sich nach der Pleite der *Lehmann Bros.* weder eine Stellungnahme zu dem Rettungsplan der Regierung noch zur Finanzkrise im Allgemeinen. In den bisherigen Anhörungen im Kongress waren diese Organisationen gleichfalls nicht präsent. Allein das gewerkschaftsnahe *Economic Policy Institute* hat kurze, recht allgemein gehaltene Stellungnahmen verfasst (Mishel et al. 2008). In Deutschland hat der DGB zwar umfassender Stellung genommen (Hirschel 2009), aber die intellektuellen Kräfte, auf die er sich dabei stützt, sind zahlenmäßig gering und insbesondere in der ihm Nahe stehenden Partei vor der Bundestagswahl 2009 kaum präsent gewesen. Wie bereits erwähnt, gaben in der Sozialdemokratie diejenigen den Ton an, die zuvor die Handlungsräume des Finanzkapitals erweitert haben.

Nun verweisen einige gerne auf die Weltwirtschaftskrise als Beispiel für die Chance des Kurswechsels in Richtung eines vernünftig eingehegten Kapitalismus (Lordon 2008). Dabei wird leicht übersehen, dass dieser Kurswechsel erstens nicht ohne Al-

ternativen (Faschismus, Kommunismus) war und zweitens erst durch einen Weltkrieg entschieden wurde. Die Parallele mit heute hinkt aber auch aus anderen Gründen. Zum einen hat im letzten Jahr die Politik vor dem Erfahrungshorizont der Weltwirtschaftskrise entschieden gegen eine Verschärfung der Krise gehandelt, so dass die jetzige Krise bisher nicht in den Ausmaßen und insbesondere hinsichtlich der sozialen Verelendung in den Metropolen vergleichbar ist. Zum anderen trugen gerade diese Alternativen zum liberalen Kapitalismus zu dessen Veränderung bei. Eine soziale Einhegung der liberalen Marktordnung galt neben Kriegsführung oder Aufrüstung als bester Schutz der bestehenden Eigentumsordnung und der damit einhergehenden Freiheiten. Das erneute Interesse an irgendwelchen Formen des Sozialismus hat heute noch keine Massenwirkung entfaltet, selbst in großen Teilen Lateinamerikas nicht (Sader 2009). Von den vorläufigen Gewinnern der Krise im Weltmaßstab, China, Indien und Brasilien, geht diese Gefahr derzeit nicht aus, jedenfalls nicht für den Kapitalismus, eher für die Demokratie im Falle von China.

6. *»Es muss sich viel ändern, damit alles gleich bleibt«*

Nicht einmal dieses Zitat aus Giuseppe Tomasi di Lampedusas Roman »Der Leopard« trifft zu. Um gleich zu bleiben, musste sich in der Krise wenig ändern. Wie zuvor, nur auf erweiterter Stufenleiter, haben die Steuerzahler die Verluste des Finanzkapitals übernommen. Bisher sind dem Finanzkapital keine engeren Grenzen gesetzt worden. Die finanzpolitisch verantwortlichen Personen sind in ihren Ämtern geblieben oder diese Ämter bekleiden ähnlich denkende und mit dem Finanzkapital verbundene Personen. Zum Negativen verändert hat sich die Reputation der Banker. Ihre Interessen werden von vielen nicht mehr deckungsgleich mit dem Allgemeininteresse gesehen. Entsprechend führt das Finanzkapital nicht mehr hegemonial, sondern durch die Mobilisierung seiner Machtressourcen und sehr begrenzter Zugeständnisse. Gefahren für das vornehmlich angelsächsische Management drohen eventuell aus China. Doch ob die chinesischen Finanzmanager den Verlockungen der Spekulation standhalten können, bleibt für die Zukunft zu entdecken. Ihre Pendanten aus den 1980er Jahren, die japanischen Bankiers, waren, wie bekannt, diesen schon bald erlegen.

Literatur

- Altwater, Elmar* 2004: Inflationäre Deflation oder die Dominanz der globalen Finanzmärkte, in: *PROKLA* 34: 1, 41-59.
- Bieling, Hans-Jürgen* 2009: Wenn der Schneeball ins Rollen kommt. Überlegungen zur Dynamik und zum Charakter der Subprime-Krise, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 16: 1, 107-122.
- Blomert, Reinhard* 2003: Die Habgierigen. Firmenpiraten, Börsenmanipulation. Kapitalismus außer Kontrolle, München.

- Boris, Dieter/Eicker-Wolf, Kai/Beriell-Dias, Alvaro/Käpernik, Ralf/Limberset, Jan* (Hrsg.) 2000: Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert – Probleme der Peripherie oder globale Gefahr? Marburg.
- Brehmer, Wolfram/Seifert, Hartmut* 2009: Sind atypische Beschäftigungsverhältnisse prekär? Eine empirische Analyse sozialer Risiken, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 41: 4, 501-531.
- Bundesbank* 2008: Basel II – Die neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung, in: http://www.bundesbank.de/bankenaufsicht/bankenaufsicht_basel.php. 12.10.2009.
- Burnham, Peter* 2002: Remaking the Postwar Global Economy: Robot and British Policy, Basingstoke.
- Calder, Lendol* 1999: Financing the American Dream: A Cultural History of Consumer Credit, Princeton, NJ.
- Celent* 2009: Too Big to Bail? Bank Concentration in the Developed World, in: http://www.celent.com/124_2079.htm; 12.10.2009.
- Cordonnier, Laurent* 2009: Der nächste Crash ist schon in Arbeit, in: Le Monde diplomatique Nr. 8985 vom 11.9.2009, 6-7.
- Davis, Mike* 1986: Phoenix im Sturzflug. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren, Berlin.
- Dieter, Heribert* 1998: Die Asienkrise. Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds, Marburg.
- Gottschlich, Jürgen* 2009: Morgenröte zeigt sich im Osten, in: Die Tageszeitung, 5.10.2009, 8.
- Gowan, Peter* 1999: The Global Gamble: Washington's Faustian Bid for World Dominance, London.
- Gramsci, Antonio* 1991ff: Gefängnishefte 1-15, 7 Bände, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang-Fritz Haug, Hamburg.
- Greenhouse, Steven* 2009: Democrats Cut Labor Provision Unions Sought, in: The New York Times, 17.7.2009, A1.
- Hilzenrath, David S.* 2009: U.S., Switzerland Resolve Bank Secrecy Dispute, in: Washington Post, 12.8.2009. <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/08/12/AR2009081201253.html>; 12.10.2009.
- Hirschel, Dierck* 2009: Es ist Zeit für grundlegend neue Regeln, in: Süddeutsche Zeitung, 9.1.2009, 18.
- Hyman, Richard* 1989: The Political Economy of Industrial Relations: Theory and Practice in a Cold Climate, London.
- Jones, Sam* 2008: When Junk Was Gold, in: Financial Times, 17.10.2008, http://us.ft.com/ft-gateway/superpage.ft?news_id=fto101720081543437032, 12.10.2009.
- Kellermann, Christian* 2005: Disentangling Deutschland AG, in: Beck, Stefan/Klobes, Frank/Scherrer, Christoph (Hrsg.): Surviving Globalization? Perspectives for the German Economic Model, Dordrecht, 111-132.
- Kellermann, Christian* 2006: Die Organisation des Washington Consensus. Der Internationale Währungsfonds und seine Rolle in der internationalen Finanzarchitektur, Bielefeld.
- Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD* 2005: Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit, in: http://www.bundesregierung.de/nsc_true/Content/DE/_Anlagen/koalitionsvertrag.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/koalitionsvertrag; 12.10.2009.
- Krippner, Greta R.* 2005: The Financialization of the American Economy, in: Socio-Economic Review 3: 2, 173-208.
- Kroszner, Randall S./Strahan, Philip E.* 2007: Regulation and Deregulation of the U.S. Banking Industry: Causes, Consequences and Implications for the Future, in: Rose, Nancy L. (Hrsg.): Economic Regulation and Its Reform: What Have We Learned? (National Bureau of Economic Research, Project on Regulatory Reform), Washington, D.C., Kapitel 8.
- Labaton, Stephen* 2008: Agency's '04 Rule Let Banks Pile Up New Debt, in: The New York Times, 3.10.2008, A1.

- Labataon, Stephen* 2009: White House Pares Its Financial Reform Plan, in: *The New York Times*, 24.9.2009. <http://www.nytimes.com/learning/students/pop/articles/24regulate.html>; 9.10.2009.
- Laclau, Ernesto* 1990: *New Reflections on the Revolution of Our Time*, London.
- Langley, Paul* 1988: *The Everyday Life of Global Finance: Saving and Borrowing in Anglo-America*, Oxford.
- Lordon, Frédéric* 2008: Schulden für alle, in: *Le Monde Diplomatique* Nr. 8705, 10.10.2008, 1.
- Lüthje, Boy/Scherrer, Christoph* (Hrsg.) 1993: *Jenseits des Sozialpakts. Neue Unternehmensstrategien, Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in den USA*, Münster.
- Lütz, Susanne* 2002: *Der Staat und die Globalisierung von Finanzmärkten. Regulative Politik in Deutschland, Großbritannien und den USA*, Frankfurt a. M.
- Marx, Karl* 2000: *Theorien über den Mehrwert, Zweiter Teil, MEW – Marx Engels Werke Bd. 26.2, 6. Aufl., Berlin.*
- Marx, Karl* 1989: *MEW – Marx Engels Werke Bd. 16, Berlin.*
- Marx, Karl* 1968: *Das Kapital, Bd. I, MEW – Marx Engels Werke Bd. 23, Berlin.*
- McAdam, Doug* 1999: *Political Process and the Development of Black Insurgency, 1930-1970, 2. Aufl., Chicago, IL.*
- Mishel, Lawrence/Eisenbrey, Ross/Irons, John* 2008: *Bailout Plan Must Help the Middle Class and Grow the Economy (EPI Policy Memorandum 129)*, in: <http://www.epi.org/publications/entry/pm129/>; 12.10.2009.
- Nölke, Andreas* 2009: *Finanzkrise, Finanzialisierung und Vergleichende Kapitalismusforschung*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 16: 1, 123-140.
- O'Brien, Robert/ Williams, Marc*, 2007: *Understanding Global Political Economy: Evolution and Dynamics*, New York, NY.
- OECD* 2009: *Overview of the OECD's Work on Countering International Tax Evasion: A Background Information Brief (OECD Centre for Tax Policy and Administration)*, in: <http://www.oecd.org/dataoecd/32/45/43757434.pdf>; 12.10.2009.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam* 2008: *Finance and American Empire*, in: *Panitch, Leo/Konings, Martijn* (Hrsg.): *American Empire and the Political Economy of Global Finance*, New York, NY, 17-47.
- Phillips, Kevin* 2008: *Bad Money*, New York, NY.
- Sablowski, Thomas* 2003: *Bilanz(en) des Wertpapierkapitalismus. Deregulierung, Shareholder Value, Bilanzskandale*, in: *PROKLA* 33: 2, 210-234.
- Sader, Emir* 2009: *Postneoliberalism in Latin America*, in: *Development Dialogue* 51: 1, 171-179.
- Scherrer, Christoph* 1999: *Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA*, Berlin.
- Scherrer, Christoph* 2008: *Bleibt das US-Finanzkapital trotz Krise hegemonial?* in: *PROKLA* 38: 4, 535-559.
- Segal, David* 2009a: *\$100 Million Pay Day Poses Problems for Pay Czar*, in: *The New York Times*, 2.8.2009, A1.
- Segal, David* 2009b: *Wall Street's New Pariah Status: Wall St., a Financial Epithet, Stirs Outrage*, in: *The New York Times*, 3.2.2009, A1.
- Shiller, Robert J.* 2000: *Irrational Exuberance*, Princeton, NJ.
- Solidar* 2009: *Doing a Decent Job? IMF Policies and Decent Work in Times of Crisis*, Brüssel.
- Spitzer, Eliot* 2009: *The Real AIG Scandal: It's Not the Bonuses. It's that AIG's Counterparties are Getting Paid Back in Full*, in: <http://www.slate.com/id/2213942/>; 12.10.2009.
- Story, Louise* 2009: *Judge Attacks Merrill Pre-Merger Bonuses*, in: *The New York Times*, 11.8.2009, B1.
- Taub, Jennifer S.* 2009: *Enablers of Exuberance: Legal Acts and Omissions that Facilitated the Global Financial Crisis (Discussion Draft, Saint Mary's College of California, CA, USA, 4.9.2009)*, unv. Ms.

- U.A.W. Summary of G.M. Concessions* 2009: U.A.W. General Motors: Modifications to 2007 Agreement and Addendum to VEBA Agreement, in: <http://www.scribd.com/doc/15833752/UAW-Summary-of-GM-Concessions>; 12.10.2009.
- Walsh, Mary Williams* 2009: A.I.G. Lists of Firms It Paid with Taxpayer Money, in: <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9C0DE5D6173F-F935A25750C0A96F9C8B63>; 9.10.2009.
- Wullweber, Joscha* 2009: Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt, Baden-Baden, i. E.
- Young, Brigitte* 2009: Vom staatlichen zum privatisierten Keynesianismus. Der globale makroökonomische Kontext der Finanzkrise und der Privatverschuldung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 16: 1, 141-160.